

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei reiner Zustellung ins Haus für Ost- und Westpreußen 7,50 M. im voraus zahlbar. Die Postämter nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Freitagspost bezogen für Deutschland und Österreich 10.- M., für das übrige Ausland 12,50 M. jährlich. Zahlungsmittel, per Brief für Deutschland und Österreich 12.- M. Redaktion und Expedition: Berlin W. 9, Schiffbauerdamm 13/111. Fernsprecher: Amt Norden 533-38, 2895 und 2896.

Die abbestellten Exemplare über deren Namen, sowie jede Werbestelle, als auch die Familien- und Organisationsangaben werden laut angeschlossenem Abbestellungs-Tarif beachtet. In jedem für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein. Inseraten-Abteilung: Berlin W. 9, Schiffbauerdamm 13 Fernsprecher: Amt Norden 533-38, 2895, 96, 97, 98

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Schuld Watters.

Der Sitz der Lügenzentrale.

In der „Frankfurter Zeitung“ beschäftigt sich der Generalleutnant z. D. Otto Köppler mit den Verhältnissen im Ruhrgebiet. Er wirft die Frage auf, ob es so kommen mußte und verneint sie, wobei er die alleinige Schuld an den Ereignissen den militärischen Dienststellen, vor allem dem Generalkommando in Münster zur Last legt. Herr Köppler hat die Entwicklung der Kämpfe im Ruhrgebiet mit eigenen Augen beobachten können. Er weist die Auffassung, daß der Ausfall „sowie es gekommen wäre“ ganz entschieden zurück, erklärt, daß diese Auffassung durch Unterlagen vom Wehrkreiskommando in Münster genährt worden sei und kennzeichnet diese Methoden als „eine Zurechnung der öffentlichen Meinung, wie nach alter Gewohnheit im Kriege“.

Die Meinung von der Unvermeidlichkeit eines Ausfalls von links ruht auf nichts anderem, als auf sich selbst. Die Behauptung aber, daß die Entwicklung der Dinge bis zu dem verhängnisvollen Ausbruch durch die verantwortlich regierenden Stellen verschuldet worden ist, läßt sich durch Tatsachen erhärten. Der erste Kommandoantrag des Kommandierenden des 6. Reichswehrkorps, General v. Watter, sprach von einer neuen Reichsregierung in Berlin, von der Rottendichtigkeit, Ruhe und Ordnung und Fortgang des Wirtschaftens aufrecht zu erhalten. In einer rüchhaltslosen Beziehung und Beurteilung des Bestehenden fand er kein Wort. Die nebensächlichen Anschläge der örtlichen militärischen Untereinheiten dem Einbruch willkürlich der Billigung des Geschehenen gleichzeitig erfolgten Verstärkungen der Reichswehrtruppen, sowie Austausch einzelner Verbände, die den Aufbruch des Erlasses verfassungstreuer Bataillone durch Putzschreie reger machten. An wichtiger Stelle trat das von früher bekannte Corps Richtschlag auf. Aus den politisch ausgeprochenen rechtsstehenden Kreisen stammte auffällig Verstärkung an Freiwilligen zu. Die üblichen aufgereizten Gerüchte und Uebertreibungen begannen auf beiden Seiten ihre tödliche Arbeit. In solcher Stimmung konnten vereinzelte gewalttätige Zusammenstöße nicht ausbleiben. Sie brachten Öl in das Feuer...

Herr Köppler schildert dann weiter, wie sich die Arbeiter bewaffneten, über keine Militärabteilungen Erfolge erzielen, mit den erbeuteten Waffen ihre Kampftruppe verstärken und so schließlich die ganze im Ruhrgebiet befindliche Reichswehr übermächtigten, zermalmen oder in die Flucht schlagen.

Eine zwangsläufige Entwicklung! Daß sie anders gelaufen wäre, wenn der General v. Watter Schlag auf Schlag den Kampfwagen als unerhörtes Verbrechen am Volke begeichnet, sich und seine Truppen rückhaltlos der rechtmäßigen Regierung zur Verfügung gestellt und zunächst keine militärischen Maßnahmen gegen die Volksmassen ergriffen hätte, darf man sich sicher begeichnen. Das wäre außerdem nichts anderes als seine Pflicht gewesen. Er hat sie aus politischer Kurzsichtigkeit oder schamloser Entschlußlosigkeit in entscheidenden Stunden nicht erfüllt. Diese Tatsache verleiht seine Gezeichnetheit für eine der verantwortlichsten Stellen. Der Unbilligkeitsgeordnete Federling in Bielefeld hat die ersten Erfolge durch die Rückfahrt auf Schwanen, zu Kopf neigende Truppenteile entschuldigt. Soering bestreitet damit nur die vorher ausgesprochene Ansicht. Zur Beurteilung vorkriegs-tätiger Soldaten wird man keinen Feuerbrand unter erregte Volksmassen und in das wichtigste Industriegebiet.

Mit dieser objektiven Darstellung eines Generals vergleichen man die aufgereizten, gelährten und künstlich zurechtgeschneiderten Verichte, die in der bürgerlichen Presse täglich mit schreienden Uebertreibungen in die Welt posaunt werden.

Der Sitz der Zentralstelle für alle Lügenmeldungen ist Münster, und Watter zeichnet dafür verantwortlich.

Weiterer Vormarsch der Reichswehr.

Die Reichswehr setzt ihren Vormarsch entgegen den gegnerischen Kräfte auch südlich der Ruhr fort. Es wurde am Mittwoch Mittag vor der Brücke besetzt, ein Ort, in dem vollständige Ruhe herrschte und in dem nicht ein einziger bewaffneter Arbeiter während der ganzen Kämpfe im Ruhrgebiet zu sehen war. Inzwischen sind die Truppen sogar über den Landwehrkanal vorgerückt und haben den im Ruhrgebiet Düsseldorf

gelegenen Ort Hülse besetzt. Mitglieder der S. D. und U. S. D. wurden verhaftet. Die Verhaftungen erfolgen auf Grund von Denunziationen, die von nationalsozialistischen Kreisen ausgehen.

In Düsseldorf rechnet man mit einem weiteren Vormarsch der Reichswehr. Der Bevölkerung hat sich eine große Unruhe bemächtigt. Ein neuer Generalstabschef droht anzukündigen. Dabei muß immer wieder festgestellt werden, daß in Düsseldorf sowohl wie auch im gesamten bergischen Land in der letzten Ruhe herrscht. Die Oberbürgermeister der Städte beschwören täglich den General Watter, von einem Einmarsch abzusehen. Dieser aber scheint auf die Mahnrufe kein großes Gewicht zu legen. Von seinem Stabe in Münster werden andauernd Pläne über das bergische Land fabriziert. Es wird behauptet, daß auf der Straße nach Hagen 2000 bewaffnete Kommunisten im Anmarsch seien und daß in Elberfeld, Barmen große Massenversammlungen vorgenommen würden.

Der Zweck dieser Lügen liegt klar auf der Hand. Das Generalkommando in Münster will in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken suchen, als würden die Maßnahmen von der Arbeitererschaft nicht eingehalten. Damit soll dann dem weiteren Vormarsch ins bergische Land, der durchaus in der Absicht der Militärs in Münster liegt, eine Unterlage gegeben werden. Es zeigt sich immer mehr, daß der General Watter für das Ruhrgebiet ein großes Unglück ist.

Englischer Protest gegen den französischen Einmarsch.

Die „Matin“ aus London meldet, hat die englische Regierung eine Protestnote an die französische Regierung gerichtet, die sich gegen die Besetzung der Städte wendet. Die Regelung der sozialen Konflikte sei eigene Angelegenheit Deutschland, die die Alliierten nichts angehe.

Diese Note wird heute übergeben werden.

Interalliierte Besprechungen über die französische Besetzung.

H. N. Washington, 9. April.

Zwischen den Botschaftern von England, Frankreich und Italien und amerikanischen Regierungsvertretern wurde gestern wiederum die Lage im Ruhrgebiet besprochen. Die Vorgänge werden von amerikanischer Seite als eine natürliche Entwicklung der Dinge bezeichnet. Man erwartet im Laufe des heutigen Tages eine britische Regierungserklärung.

Die Haltung Amerikas.

H. N. London, 9. April.

„Daily Telegraph“ meldet aus New York, daß die Haltung Amerikas der Frankreichs häufig entgegengesetzt. In allen Kreisen meint man, daß Frankreichs Vorgehen die jüngsten Entwicklungen des Präsidenten Wilson, in Frankreich herrsche der Militarismus, bestärke. Die amerikanische Regierung würde keineswegs irgendeinen Einwand gegen den Aufmarsch der deutschen Truppen erheben, die zur Unterstützung der Kräfte in das Ruhrgebiet entsendet wurden.

In wohlinformierten Kreisen wird gesagt, daß die amerikanische Regierung keinerlei amtliche Schritte unternommen wird, bis England und Italien ihre Entscheidung getroffen haben, daß aber Amerika in jedem Fall sich mit der britischen und italienischen Ansicht einverstanden erklären wird.

Belgien unterstützt Frankreich.

H. N. Brüssel, 9. April.

Der belgische Kabinettsrat unter Vorsitz des Königs beschloß, der französischen Regierung mitzuteilen, Belgien sei bereit, sich an der Besetzung zu beteiligen unter der Bedingung, daß die Okkupation ausdauern soll, sobald Deutschland seine Truppen aus der neutralen Zone zurückgezogen hat.

Die Gegenrevolution in Reuß.

Aus Gera, Reuß, wird uns geschrieben:

F. P. Als am 13. März der Revolutionssturm in Gera gesungen war, als die „Mächte der Vergangenheit“ sich auflösten, die „Mächte der Gegenwart“ zu werden, da ging im ganzen Lande die planmäßig vorbereitete Gegenrevolution zum Sturmangriff auf die Rechte und Freiheiten des werktätigen Volkes über. Abgesehen von Berlin, war der Nachkrieg des Staatsreichs nirgends ein so schneller und voller Erfolg beschieden wie in Reuß. Aber auch in seinem Teil Deutschlands ist die mit den kühnsten Hoffnungen und Plänen aufstrebende Gegenrevolution so plötzlich und gründlich aufs Haupt geschlagen worden, wie in dem kleinen thüringischen Volksstaat. Die Abwehr und Beschleunigung der maßlos überhöhten Bourgeoisie und des Morgenluft widerstehenden Militarismus allein durch die Arbeiterklasse und die verfassungsmäßige Volkregierung hat dem Vandalen Reuß den Hals und Rückgrat der Reaktion zugesogen. Alldeutsche Geheißblätter vom Schloß der „Leipziger Reuesten Nachrichten“ kündigten triumphierend Strafexpeditionen gegen Reuß und Thüringen an, mit dem hier herrschenden „Bolschewismus“ müsse ausgeräumt, Ruhe und Ordnung wieder hergestellt werden. Gewissenloses, reaktionäres Denunziantentum ist heutzutage am Werke und das jeholische Ziel der unterlegenen Putzschreie ist die Aufrichtung einer Militärdiktatur nach den Absichten des Generals v. Watter im Ruhrgebiet.

Und gewisse Stellen der Reichsregierung, in denen der Einfluß der Generalfürst allmächtig ist, hatten maßgebendstenfalls zeitweilig nicht übel Lust, mit Hilfe des beschriebenen Belagerungszustandes und Standrechts den Kampf gegen den Bolschewismus in Thüringen aufzunehmen — in dem Teil des Reiches, wo nach Niederwerfung der Gegenrevolution tiefer Friede herrscht. Inzwischen scheint man an jenen Stellen — hoffentlich nicht nur vorübergehend, sondern dauernd — unter der Wucht der Tatsachen zu einem andern Standpunkt gelangt zu sein. Aber zur Vermeidung künftiger Konflikte scheint es uns geboten zu sein, die gegenrevolutionären Ereignisse und die gegenwärtigen Zustände in Reuß kurz zu schildern.

Reuß ist, seitdem es auf Grund der Balken nach der Novemberrevolution eine unabhängig-sozialistische Regierung bekommen hat, allem was reaktionär ist, ein Lorn im Auge gewesen. Die bürgerliche Sippe und die Militärs wetteiferten in dem offenen und verheerenden Kampf gegen den Volksstaat Reuß. Roste hat im Laufe des Jahres 1919 wiederholt verjagt, Gera unter das Kommando seiner Ordnungsbataillone zu bringen, was aber stets an dem einmütigen Widerstand der sozialistischen Arbeiterkraft des Landes scheiterte. Indes die Hege und die Denunziationen wurden von der Bourgeoisie immer weiter getrieben. Ramentlich wurde gegen die von dem revolutionären Proletariat „drohende Gefahr“ die Heilfreiwilkenwehr gefordert, deren Reorganisation nach dem Befehl Rostes, daß unabhängig Sozialdemokraten als sozial- und verfassungsfeindliche Elemente nicht aufgenommen werden dürfen, ausschließlich aus den Reihen der Bourgeoisie erfolgte. In kurzer Zeit hatte das Bürgerturn rund 1000 Mann unter der Führung von Offizieren bewaffnet. Das war der erste große Erfolg der Gegenrevolution, und man konnte es an der herausfordernden Sprache ihrer Führer während der letzten Monate merken, daß sie vorbereitet, hart und entschlossen war, den blutigen Kampf gegen die Errungenfrüchte der Revolution in Reuß aufzunehmen. Im Februar dieses Jahres machte Roste schließlich den erfolgbeschiedenen Versuch, Gera in eine Garnison zu verwandeln. Unter dem Vorwande, daß es aufgelöst werden sollte, wurde ein Bataillon „Grenzschutz“ nach hier verlegt. Auch diese Truppenverstärkung beweist, daß Roste entweder der Gegenrevolution bewußt in die Hände arbeitete, oder, was wahrscheinlicher ist, von den Offizieren seines Ministeriums systematisch betrogen wurde. Aus vorgelegenen Geheimbefehlen ist der Rostes erbat, daß der „Grenzschutz“ vom ersten Tage seiner Kampfbereitschaft in Gera mit der Heilfreiwilkenwehr in Verbindung trat und daß alsbald Pläne für ein gemeinsames Operieren zur „Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“ ausgearbeitet wurden.

In den ersten Tagen des März waren die Vorkereitungen der Gegenrevolution für und fertig. Der Staatsstreich konnte in Szene gesetzt werden. 1000 Wehrfreiwillige: Fabrikanten, Kleinrentner, Oberlehrer, Lehrer und Gymnasialisten und 650 aktive Soldaten, schwer bewaffnet und gedrillt, standen am Sonntag, den 14. März, auf dem Kaiserhof bereit zum Angriff auf die Regierung, die nicht über einen einzigen bewaffneten Mann verfügte.

Der Staatsstreich spielte deshalb mühelos gelingend. Nachdem die völlig wehrlose Landesregierung die Verantwortung eines freien Ultimatums, ob für oder gegen Rapp, abgelehnt und von Gera nach Greiz übersiedelt war, erfolgte die Befreiung der Stadt ohne einen Schuß und ohne einen Sieg. Unter Gesang, Ansprachen und der offen zur Schau getragenen Begeisterung des Bürgertums ohne Unterstützung der politischen Richtung, rissen die Gegenrevolutionäre die Regierung an sich und schritten zur Bildung eines Cabinets auf „breitester“ Grundlage.

Die tragikomischen Ereignisse während der folgenden 24 Stunden übergeben wir, Genug, das Proletariat, das sofort bis zum letzten Mann in den Generalkrieg trat, packte es dieser unsagbar lächerlicher Komödie ein leidenschaftlicher Bohn, der nur schwer zu bändigen war. Trotz der sich vorbereitenden Maschinenwende umlagerten am Montag, den 15. März, die Massen Gera und nicht das besetzte Rathaus und die Regierungsgebäude. Um 11 Uhr vormittags erfolgte der erste Vorstoß der gänzlich unbewaffneten Volksmenge auf das Rathaus, der indes abgewiesen wurde und zwei Tage kostete. Der nächste Vorstoß wurde zum Sturm und um 2 Uhr nachmittags waren Rathaus, Tribüne und Regierungsgebäude, bald darauf auch die über die gesamte Stadt verteilten Posten überrannt: von den unbewaffneten, aber von heiliger Empörung und überwältigendem Kampfeswillen besetzten Arbeitermassen. Den Abbruch des Kampfes bildete die Ermüdung der von 450 Soldaten verteidigten Kasernen durch nunmehr bewaffnete Arbeiter.

Nach genau 24 Stunden hatte der glühende Volkszorn die „Erzungen“ der Gegenrevolution wieder beseitigt. Der Erfolg war reiflos. Sämtliche Führer der Gegenrevolution, die militärischen sowohl wie die politischen, versahen der Verhaftung. Aber an keinem der hochgeborenen Verbrecher hat sich die bewaffnete Arbeiterkraft vergreifen oder zur niedrigen Kasse geist, sondern die Mäcker des Ruffes wurden tiefer Volksverachtung preisgegeben. Und wenn sich die Feinde des weißen Schreckens einmal überlegen wollten, wie das Volk den gefangenen politischen Gegner behandelt, dann mögen sie nach Gera kommen und sich von der menschenwürdigen Haft der Wirtshäuser des 14. März überzeugen. Während jene, die eine zusammengebrochene Ordnung mit allen Mitteln zu neuem Leben erwecken möchten, ihre Gegner barbarisch foltern und morden, beschränken sich die arbeitenden Klassen, deren Ziel die Erhebung, Neugestaltung, Verbesserung der Welt ist, auf eine Kampfesart, bei der sie den geschlagenen Gegner immer noch als Menschen achten.

Trotz der ungeheuerlichen Provokation durch die Gegenrevolution ist in den leidenschaftlichen Kämpfen bürgerliches Leben und Eigentum nicht einen Augenblick gefährdet gewesen; Ausbreitungen, Plünderungen, Raubzüge sind dank der hervorragenden politischen Schulung und Disziplinierung der Geraer und Reuzbühnen Arbeiterkraft nicht vorgekommen. Abgesehen von dem vierundzwanzigstündigen Staatsstreich der Gegenrevolution sind Reichs- und Landesverfassung nicht verletzt worden. Nach Niederwerfung der bewaffneten Bourgeoisie und der Soldaten übernahm die von dem Vertrauen der überwiegenden Mehrheit des Volkes getragene Landesregierung sofort wieder die Geschäfte und hat sie, gestützt auf die drei sozialistischen Parteien, ohne die geringste Störung in Übereinstimmung mit der Reichsverfassung bis zur Stunde weitergeführt.

Die Arbeiterkraft bereitete dem gegenrevolutionären Putsch ein jähes Ende und ermöglichte damit die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände. Die nach den Befehlen der Landesregierung zum Schuß gegen künftige Staatsstreiche geübte Volkswehr bietet absolute Garantie gegen jede Störung. Der härteste Reaktionsär wird weichen müssen, daß noch wie vor der Gegenrevolution

die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung am besten in den Händen der Landesregierung und der Mehrheit des Volkes liegt.

So sieht der in Reuz herrschende „Volkswismus“ aus und in dem übrigen Thüringen haben wir eine ähnliche „Anarchie“. In Wirklichkeit dürfte es nach dem Rapp-Putsch kaum einen Teil des Reiches geben, dessen politische und wirtschaftliche Konstellation so ruhig und fest ist wie die Thüringens. Und in diesem Thüringen und insbesondere in diesem Reuz sollte mit dem verhängnisvollen Belagerungszustand „Ruhe und Ordnung“ hergestellt werden. Am 31. März stand General Rumshöfel mit Teilen seiner Brigade bereits in der Nähe von Weimar, bereit und entschlossen, in das „Aufstandsgebiet“ einzurücken: dem Staatsrat von Thüringen ist es gelungen, diesen militärischen Handstreich zunächst zu verhindern. Aber gegen die scheinbar völlig souverän verfahrenen militärischen Stellen, die in so leichtfertiger, unverantwortlicher Weise eine Strafexpedition gegen die im tiefsten Frieden liegenden thüringischen Staaten im Begriff waren zu unternehmen, ist härteste Mißtrauen und Wachsamkeit am Platze. Jedoch damit allein ist es nicht getan. Die Befestigung des Soldatenmilitarismus muß nachdrücklich denn je gefordert werden. Will sich die neue Koalitionsregierung freihalten von dem Odium, das auf der Volksregierung lastet, dann wird sie schnellstens der Politik gegenrevolutionärer Generale ein Ende bereiten müssen!

Die Unruhehitzer im Ruhrgebiet.

Das Zentrum und die Aktion der Arbeiterklasse.

Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Duisburg:

Im Industrie-Gebiet sind bereits Abgesandte der Gattants eingetroffen, um die Räumung der neutralen Zone zu überwachen. Es wird mit aller Befestigung an der Reuehaltung des Sicherheitsdienstes auf der Grundlage der Viesfelder Beschlüsse in den einzelnen Städten gearbeitet. In Oberhausen, Hamborn und Starkeade haben bereits Besprechungen stattgefunden. Die Bildung von Sicherheitskomitees, die aus Mitgliedern der vier Gewerkschaften bestehen und zu denen die Angestellten, Beamten und Bürgerliche hinzugezogen werden, ist in die Wege geleitet. Die Entlohnung wird von den Städten vorgenommen, geschieht aber in der Weise, daß die Beamtenden von ihren Arbeitgebern beurlaubt und von diesen wie bisher entlohnt werden. Wo soziale Sicherheitspolitik vorhanden ist, wie in Duisburg und Dinslaken, wird diese vorläufig zum Polizeidienst verwendet.

Die Meldung zeigt, daß in weiten Bezirken des Ruhrgebietes die Ruhepolitik bereits so weit fortgeschritten ist, daß mit der planmäßigen Neuordnung des Sicherheitsdienstes nach den Viesfelder Beschlüssen begonnen werden kann. Wenn das in Orten wie Duisburg und Hamborn möglich ist, die in den meisten Spezialmächten als Mittelpunkt der radikalen Bewegung bezeichnet worden sind, so läßt das die günstigsten Schlüsse auf die Zustände in anderen Teilen des Gebietes zu. Es zeigt vor allem, daß als das wesentliche Moment zur Zurück im Ruhrgebiet nur die Reichswehr übrig geblieben ist.

Das sollte besonders der Delegation von christlich organisierten Arbeitern und Reichswehresoldaten aus dem Ruhrgebiet vor Augen geführt werden, die in Berlin sind, um mit der Regierung und den Gewerkschaften und sozialistischen Parteien über die im Industriegebiet zu treffenden Maßnahmen zu verhandeln.

Es hat den Anschein, als seien die christlichen Arbeiter von der Zentrumspartei durchgeführt worden, die, wie aus Anzeigen der „Germania“ zu ersehen ist, ähnlich den Demokraten in dem Eingreifen der Organisationen der Arbeiterklasse eine Schwächung ihrer Machtstellung erblickt. Auch das Zentrum bezieht sich auf das Verfassungspapier, um die Herrschaftsrechte der Regierungskoalition zu begründen. Auch diese Partei sieht darüber hinweg, daß die Regierungskoalition auf der Parteikonvention in einer Nationalversammlung beruht, deren Zustimmung mit dem im Volke vorhandenen und durch den Rapp-Putsch ausgelösten Willenskräfte nicht mehr im Einklang steht. Das Ringen der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien ist nicht als der Versuch, zwischen der Wirklichkeit des lebendigen

politischen Willens des arbeitenden Volkes und der Kräfte der Nationalversammlung den notwendigen Ausgleich herzustellen. Das Zentrum bedient sich nun der christlich organisierten Arbeiter, die es an seinem Haben führt, um den freien Gewerkschaften ein Gegengewicht entgegenzustellen. Wie hoffen, daß auch diese Arbeiter einsehen, daß das Interesse ihrer Klasse ihnen näher liegt, als das Herrschaftsinteresse der Zentrumspartei. Wie die Wünsche der Abgeordneten aus dem Ruhrgebiet beschaffen sind, ist noch nicht bekannt. Die „Germania“ und der „Lokal-Anzeiger“ behaupten, man fordere die Wiedereinführung des Ständerechts, wobei — für den „Lokal-Anzeiger“ wenigstens — der Wunsch wohl Rater des Gebotens sein mag. Sollten jedoch ähnliche Wünsche im Namen der Reichswehredelegation schlummern, so können sie nicht entschieden genug zurückgewiesen werden. Es zeigt sich mit jedem Tage deutlicher, daß die strikte Durchführung der Viesfelder Beschlüsse allein die Gewähr für die Rückkehr normaler Zustände im Ruhrgebiet bietet. Und selbstverständlich wäre es, wenn sich gerade christliche Arbeiter mit der Reichswehr auf dem Boden solcher Forderungen zusammensuchen sollten.

Veruhigungspillen.

Kaiser Bureau meldet: Ein Redaktionsmitglied der „Germania“ hatte heute eine Unterredung mit dem Reichsminister. Das Redaktionsmitglied der „Germania“ brachte dem Reichsminister den Ausdruck, daß innerhalb der Koalitionsparteien die Stände über die am Mittwoch geführten, sich mit den Vorgängen im Industriegebiet beschäftigten Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Parteien dienen muß. Der Reichsminister äußerte, daß ihm diese aufgelauchte Verfassung nicht entgegen sei, daß aber eigentlich ein Grund für sie nicht vorliege. Die Besprechung, die der Reichsminister und einige Minister mit den Gewerkschaften gehabt hätten in dieser Linie informativem Charakter gehabt. Es sei völlig falsch, anzunehmen, daß die Regierung auf den Vortrag der Gewerkschaften Entschlüsse gefaßt oder Konzeptionen gemacht habe.

Müller machte weitere Ausführungen über die Einzelheiten der Unterhandlungen zwischen der Regierung und den Vertretern der Arbeiterorganisationen und fuhr nach dem Bericht fort: Es versteht sich von selbst, daß die sozialdemokratischen Minister ebenso energisch wie die bürgerlichen, jede Art von Nebenregierung ablehnen würden. Bei den bisherigen Verhandlungen mit den Gewerkschaften ist aber schon ein Anknüpfungspunkt zu Tage getreten. Auch die sozialdemokratischen Minister wissen, daß selbst der kleinste Schritt abwärts von der Demokratie ins Bodenlose führen würde. Wenn nun hier und da im Zusammenhang mit den zwischen der Regierung und den Gewerkschaften gepflogenen Verhandlungen von einer Berliner Delegation geredet worden ist, so muß darauf verwiesen werden, daß erstens, angenommen die Berliner Gewerkschaftskommission, die in Frage kommenden gewerkschaftlichen Organisationen nicht an Berlin beschränkt sind, vielmehr ganz Deutschland umfassen und daß zweitens die Reichsregierung sehr genau weiß, daß in Süddeutschland auch nur der geringste Versuch einer Delegation die heftigste Gegenbewegung hervorrufen würde. Die Reichsregierung verzicht in keinem Augenblick, daß sie nicht nur für Berlin, sondern für die Gesamtheit des Reiches da sein hat, und daß sie nicht den Interessen einer einzelnen Klasse, vielmehr denen aller Klassen und Parteien dienen muß.

Wie haben volles Verständnis für die Lage des Reiches. Er ist ein wenig bedrückt und tritt von einem Fuß auf den anderen, um die bürgerlichen Koalitionsparteien bei der Stange zu halten. Ein sicher recht unangenehmer Zustand, aus dem Herr Müller hoffentlich durch den Ausfall der Wahlen befreit wird.

Die internationalisierte Finanzkonferenz wird bereits in der ersten Maiwoche in Brüssel stattfinden. Dergleichen Staaten werden vom Völkerbund dazu eingeladen.

Russisch-finnischer Waffenstillstand. Die russische Sowjetregierung hat sich bereit erklärt, am kommenden Sonntag Delegation nach dem finnischen Grenzort Systeröck zu senden, um mit Vertretern der finnischen Regierung über einen Waffenstillstand zu verhandeln. — Die Bolschewiken haben ihre Truppen von der Archangelsfront in der Richtung auf Petersburg zurückgezogen.

Konflikte zwischen Juden und Mohammedanern haben sich in Jerusalem entzündet. Die Lage in Palästina ist sehr ernst. Die Truppen sind auf das westliche Ufer des Seegekanals zurückgezogen worden.

Rot und weiß.

Hell leuchten die Drosseln, da wie mit der Hand durch Jungsweid manövriert. Zur roten Front. Mit dem Gesange der beiden über gelbes Hebräer (was unsere Seele aus zur gelben Sonne des Lebens. All unser Sein war wie Hochsum. Mühselig Mühsel unter Menschen. Auf zum Schicksal: auf zur leuchtigen Freiheit.

Neue Wachenmänner haben uns festlich Geleit. Und blühende Mädchenaugen haben uns reiches Versprechen. O dieses rote Meerestier — der Freiheit entgegen! Welch glücklich Gespinnnen: die Weichen vorwärts zu weisen: Rheinland-Weissen ist frei!

So glaubten wir vor wenigen Tagen. Und voll dieses frohen Glaubens sind wir nicht unger an unsere Arbeitsstätten zurückgekehrt. Das Jungvolk ist noch in Waffen. Wir älteren Arbeiter stehen wieder am Schraubstock oder an der Drehbank. In die dunklen Schächte sind wir wieder eingefahren. Das Herz und die Seele nach Überwinden der Schwereit des Frühlings, der sonnig in Wald und Feld unsere freien Gedanken umwob. Vogelklang ist uns ein lieblich Gedanken.

Möglich aber bricht all unser Hoffen zusammen. Das böse Gewitter leert wieder. Das Unwetter droht und noch einmal. Unser Blut: der heißt: Witterel und Dickschlag und Lipom! Wie werden die uns berühren. Sie sind die Nacht unserm Jungling.

Rot und Weißheit nicht verstanden? Wie sind die Grundfesten Deutschlands. Das Ruhrgebiet hat den Atem erstickt in Aug — aber es droht es ab. Wir sind Wehrfreiwillige. Wir können die stilles Verantwortung, die auf dem Werk unserer Hände steht. Wir wissen: Millionenexistenzen hängen an uns. Oft sind wir stolz darauf. Gleichiger schaffen die Hände bei diesem Gedanken.

Über das wollen wir schaffen. Nicht unter den blühenden Gabeln mühsel mühsel Mühsel, die alles seine Menschstum in der Gewalt erlösen.

Ordnung war hier bei uns, solange die Weichen fern blieben. Wie sie kamen — kam die Unordnung und die Unruhe. Schwere Waffen regierten Blut. Offiziere hatten Proben.

Rot und Weiß.

Myrtha.

Edvard Stucken ist ein Dichter, der entlegene Bezirke mit starker Sprachkraft meistert. Das zeigen seine Gedichtespen und seine „Welken Götter“. In seinem Schauspiel „Myrtha“ aber, das gestern im Teatrum-Theater (in neuer Fassung der älteren Buchausgabe) aufgeführt wurde, bewegt er sich in den Niederungen hergebrachter Dramatik. Ein sehr bürgerliches Familienstück ohne Durchbruch und Ausblick. Die Gattin, die aus der Neuenheulandstraße als Halbgenesene plötzlich in ihr Heim zurückkehrt, dort eine andere an der Seite des noch immer geliebten Mannes findet, dann eiferfühliger Kampf der Nebenbuhlerinnen, erneute geistige Umordnung, Lösung eines Kindes und Rückkehr in das Elternhaus — das sind die Hauptbestandteile des Dramas, das Stucken mit ein dicken verunglückter Andeutung und mehrstündiger Flugzeugphilosophie der Ehefrau (weil ein zweiter Gangwind) verbrämt hat. Er beginnt wie für Dickschick gang im Stille der Mariti und Heimburg, spielt dann im 2. und 4. Akt mit Wänscher Problematik und landet schließlich wieder an Maria Wänschers Gestalt, von der man vor Jahren auf Provinzbühnen ein ähnliches bürgerliches Märchen von der heimgekehrten Frau sah. Doch blieb der für schwache Kerben schwerliche Schluß, mit dem Stucken und vor der Mutter der Wänscherinnen auf die Folter spannt, den Zuschauer erspart.

Die oben und brutalen Begebenheiten, die mit primitiver Technik und theatralischer Umdeutung aller Wahrscheinlichkeiten, besonders an den Aktschlüssen, inallig sentimental herausgearbeitet sind, wurden von der Regie des Direktors Fritz Klotter übermäßig gehemmt. Das schwerverständliche Plätschern und die halben Töne läuschten mehr seelischen Gehalt vor, als wirklich vorhanden war. Stucken hat es sich in dieser Arbeit — seiner stärkeren Berufung gegenüber — unerlaubt leicht gemacht. Er ergab sich allzu sehr dem herabziehenden Theater und hätte sein Stück lieber der überlebten Vergangenheit und verblichenen Vergangenheit anheimgeben sollen. Die Gegenüberstellung der beiden Frauen bricht mit dem Akt ins rein Psychologische ab, und statt innerlich notwendiger Tragik und Charakterentwicklung bietet sich ein willkürliches Treiben mit allerdinge betrüblichem Ausgang dar. Diese Familienepisoden gehören eigentlich in die Lokaldramatik und nicht in die künstlerische Höhe etwa von Goethes „Egmont“ oder Shakespeares „Hamlet“. Immerhin gab ihr die Darstellung gute Prägung. In Wänscher und Maria Wänscher waren die weib-

lichen Gegenüberstellungen mit allen Gefühlsschönheiten, die Gerechtigkeit und Wänscherfeld waren die sehr distrierten männlichen Begleiterdarstellungen und Maria Wänscher hatte die etwas altmodische und doch auch still ergreifende Ähnlichkeit der „Myrtha“, wie sie die Rolle vorzuehlt. Der Beifall ratterte und ratterte. E. B.

Konzert der Volksbühne.

Die Volksbühne veranstaltete an den beiden Osterspieltagen in der Philharmonie große Orchesterkonzerte mit gleichem Programm. Die Philharmoniker unter der Leitung des Kapellmeisters der Staatsoper Dr. Stiedry brachten mit wirbelndem Schwung die Ouvertüre zu Carl Maria v. Webers „Abu Hassan“ zu Gehör. Dann spielte Professor Karl Fiesch ein Violinkonzert von Mozart so schön und vollkommen, daß alle musikalischen Genüßbegierde gestillt war. Das hatte die Volksbühne bei der Zusammenstellung des Programms offenbar nicht in Rechnung gestellt, denn nun folgte noch die vierte Violin-Sinfonie. Einfach und vollständig in ihrem Grundthema, wird dies manchmal durchguckt von bizarren Einfällen, die aber immer wieder zum harmonischen Zusammenklang einfließen. Nicht ganz zur Wirkung kam der Schlußsatz mit der Singhime, die Professor Schwarz von der Staatsoper übernommen hatte.

Nach ein Wort an die Volksbühne. Könnte man bei der Wahl der Programme nicht etwas Monotonie vermeiden? Das ist es für einen Mann, wenn ein großes Mozartsches Violinkonzert, das unsere volle Dingsabe verlangt, abgelöst wird von einem noch größeren Mozartschen Sinfonie, die ebenfalls die ungeschämte Aufmerksamkeit der Hörer verlangen kann und muß. Ein Musikprogramm kann nicht klein genug sein, vorausgesetzt natürlich, daß es sich an eine ernste Zuhörerschaft wendet und nicht leichter Unterhaltung dient. Es herrschen in dieser Hinsicht sehr eingetragene Traditionen, deren Überwindung der Volksbühne gefallen und die sie ja auch zum Teil schon in besserer Wirklichkeit umgelegt hat.

Professor Dr. Karl Stäubing, der bekannte ehemalige Singschüler und Stützungslehrer der Universität Leipzig, ist gestern in Freiburg im Alter von 78 Jahren gestorben. Er lebte seit mehreren Jahren im Ruhestand. Sein Name ist besonders mit der Hoffentlich nun doch ganz überwundenen „Klassischen“ geistungslehre, einer normenlos erwarteten (anstatt soziologisch orientierten) Erziehungskunde verknüpft.

Das Sturmabteilung Koffbach.

Ende Oktober 1918 kam aus Thorn die Meldung, daß das Sturmabteilung Koffbach in Gumnitz gemuntert, Teile dieses in Thorn liegenden Infanterieregiments zu sich herbeigezogen hatte und mit diesen gemeinsam über die ostpreussische Grenze zu den Baltikumern gestochen war. Von Ausland aus veröffentlichte das Blatt eine Erklärung an die Regierung, in der diese in der geminsten Weise besänftigt wurde, ein unüberwindliches Verbot zur Monarchie wurde erlegt und der aus „Verbrechern und Juden“ bestehenden Regierung für alle Zeiten der Kampf angelegt. Das alles geschah zu einer Zeit, wo die Regierung bereits den Befehl erteilt hatte, daß kein Soldat mehr die ostpreussische Grenze überschreiten dürfe. Die Entente hatte über Deutschland wegen des Baltikumabenteuers die Blockade verhängt, neues Ansehen war infolge des verbrecherischen Treibens der Militärs heraufbeschworen worden. Der Uebergang des Detachements Koffbach zu den Baltikumern war in dieser gefährlichen Stunde glatter Landesverrat. Das wurde auch in der Presse der Linken einmütig festgestellt; trotzdem beschloß den Führern des Detachements bei ihrer Rückkehr nach Deutschland nicht das geringste. Koffbach ließ sich ungeschont auf freiem Fuße. Das Detachement Koffbach trat der „Arbeitsgemeinschaft“ der Baltikumer bei, etablierte sich mit seinem Stab in der Hohenzollernstraße 22, nahm an dem Kapp-Putsch teiligen Anteil, ist zur Stunde wieder „verfassungstreu“ und kämpft jetzt als besonders zuverlässige Truppe im Ruhrgebiet gegen die Arbeiter. Das Detachement hat am 22. März an einen Bürger in Steglitz ein Schreiben gerichtet, aus welchem deutlich hervorgeht, daß sich diese Meutererhorde als die treue Herrin der Lage betrachtet. Wir wollen dieses interessante Schriftstück deshalb im Wortlaut wiedergeben:

Berlin W. 10, den 22. März 1920.

Schreibweise: Fahnenflucht des Uniffs Rief.

Als Verbindungsoffizier der Freie. Sturmabteilung Koffbach erlaube ich um Kenntnisnahme folgender Kundgabe aus den Beschlüssen der Arbeitsgemeinschaft Koffbach.

Bestimmung § 2: Sollte aus politischen oder militärischen Gründen das Zusammenziehen der Abteilung wieder notwendig sein, so hat sich jedes Mitglied der Gemeinschaft zur Verfügung zu stellen.

Bestimmung § 4: Ich will mit meiner ganzen Kraft dazu beitragen, das Ehrenbild der Gemeinschaft und damit die Ehre des Reiches zu erhalten und zu erheben für das Wohl und Glück des deutschen Vaterlandes. Dies gelobe ich Leutnant Koffbach durch Handschlag und Unterschrift. Dies Gelübde sei mein Schwur.

Bestimmung § 4: Wer Handlungen begeht, die die Ehre der Sturmabteilung oder der Arbeitsgemeinschaft verletzen, werden einem Gericht überwiesen. Hierzu gehören: Unterschlagungen, aufrührerische Tätigkeiten, nachgewiesene spionageartige oder bolschewistische Gesinnungen.

Bestimmung § 7: Strafbare Handlungen werden den Behörden zur Beurteilung übergeben.

Diese aufgeführten Bestimmungen wurden f. S. von Rief unterschrieben, und somit dürfte wohl ein derartiges Schriftstück keine Gültigkeit besitzen. Am 13. März wurde die Eiserne Division mit ihr die Freie. Sturmabteilung Koffbach aufgestellt, folglich trat mit diesem Moment nach den Bestimmungen jeder Angehörige der Arbeitsgemeinschaft in sein früheres Militärverhältnis zurück.

Sollten Sie nunmehr den Uniffs Rief länger in Ihrem Hause verbergen, so werde ich gegen Sie Straf anzeigen wegen Beihilfe zur Fahnenflucht stellen. Ruff, Leutnant d. Inf. und Verb.-Offz. Freie. Sturmabteilung Koffbach, Eiserne Division.

Reich die Regierung, was hier gespielt wird? Wir wollen ihr zur besseren Erkenntnis folgende Tatsachen ins Gedächtnis rufen: Leutnant Koffbach, der Führer der Abteilung, hat sich durch den Grenzübergang im Oktober 1918 des Landesverrats schuldig gemacht. Am 22. März kämpfte er für die Kapp-Regierung und verübte durch Hochverrat Leutnant Ruff, der Verbindungsoffizier, war der gerissenste Baltikumhändler in Deutschland. Er hat mit den russischen Verstoßwörern im Zentralhotel Hand in Hand gearbeitet, Flugzeuge, Artillerie, Munition, Verpflegung und Bekleidung im Werte von mehreren Millionen Mark an die Russen verschoben; er hat nicht nur Landesverrat, sondern auch Verrat in fortgesetzter Lateinheit verübt. Ruff war außerdem an der Ermordung Diebsteins beteiligt. Die Polizei kennt sein Verbrechen, er ist ein notorischer Verbrecher.

Und dieser Mann wird mit seinem Koffbach im Ruhrgebiet auf die Arbeiter losgelassen! Das ist wohl ein eindeutiger Beweis dafür, daß die Regierung entweder nicht sehen kann und will, oder daß sie auf die Militärs absolut keinen Einfluß hat. Sonst müßte es ihr doch wenigstens gelingen, die Armeen von gerichtsnotorischen Verbrechern zu befreien.

Der Schlächter Epp.

Das rechtssozialistische Blatt in Halle, die „Volkstimme“, begann schon in der vorigen Woche mit dem Versuch von Geheimdokumenten über die Vorbereitungen zum Putsch der Kapp und Wittich. Es legt nun diese Mitteilungen fort, und aus den jüngsten Veröffentlichungen des Blattes ist das Material gegen den Obersten v. Epp, der mit seiner Gruppe im Ruhrgebiet steht und dort nach Münchener Art auftritt, besonders interessant. Die von der „Volkstimme“ veröffentlichten Dokumente beweisen unabweisbar, daß Epp zu den Hauptmachern des hochverräterischen Unternehmens gehörte und auch bei den Vorbereitungen dazu intim beteiligt war.

Epp gehört nicht an die Spitze von Reichswehrgruppen im Ruhrgebiet, sondern ins Gefängnis. Es ist nicht an, daß die Arbeiterklasse des Industriegebietes um Wonne ausgeliefert wird, der den Münchener Generalstab auf dem Gewissen hat. Sein Aufsitzen im Gefängnis überläßt von neuem ersieht, was Epp bei dieser Schlächter ist.

Belange Deutschlands Schlacht an der Spitze der Truppen.

pen stehen, kann die Arbeiterklasse im Ruhrgebiet kein Vertrauen zu dem guten Willen der Regierung zur friedlichen Beilegung des Konflikts gewinnen.

Japans Absichten in Ostibirien.

Osaka, 7. April.

In einer Sonderausgabe des Amtsblattes gibt die japanische Regierung bekannt, daß sie ihre Truppen aus Ostibirien zurückziehen werde, sobald die Räumung durch die sibirisch-sowjetischen Truppen ordnungsgemäß bewerkstelligt sei. Die Regierung erklärt weiter, daß die politischen Bedingungen in Ostibirien sich mit denen in der Mandchurei und Korea eng verknüpfen, wo eine große Anzahl japanischer Staatsangehöriger profitlich unter derzeitigen Verhältnissen leben, daß für ihre Person und ihr Eigentum keinerlei Garantie übernommen werden kann. (Dies sei der Hauptgrund, warum Japan im Augenblick noch nicht imstande sei, seine Truppen zurückzuziehen.) Japan hege keinerlei politische Absichten gegen Rußland und die Regierung verzürge sich noch einmal dafür, daß, wenn die politischen Verhältnisse in den an Japan grenzenden Gebieten wieder geordnet sind, die Bedrohung der Mandchurei und Korea beseitigt, die Sicherheit für Leben und Eigentum der japanischen Staatsangehörigen und die völlige Verkehrsfreiheit garantiert ist, die japanischen Truppen Ostibirien räumen würden, immer vorausgesetzt, daß auch die sibirisch-sowjetischen vollständig zurückgezogen worden sind.

Die japanische Regierung hat sich den Jargon des europäischen Imperialismus so gut angeeignet, daß sie die bei räuberischen Eingriffen in fremden Besitz üblichen Phrasen vorzüglich zu handhaben versteht. Der Sinn ihrer amtlichen Erklärung ist der, daß sie die Herrschaft über Ostibirien unter allen Umständen behalten will. Damit stimmt auch die Meldung von der Besetzung Vladivostok durch die Japaner überein. Bleibt Ostibirien in japanischen Händen, so wird Japan zur Hauptmacht im fernen Osten, da es dann China vollkommen beherrschen und Rußland vom Stillen Ozean abschneiden kann. Eine demartige Erstarkung Japans würde natürlich das Kräfteverhältnis der Staaten am Stillen Ozean vollkommen verändern und den anglo-amerikanischen Imperialismus auf das empfindlichste schädigen. Es ist deshalb kaum anzunehmen, daß England und die Vereinigten Staaten dem räuberischen Vorstoß Japans ruhig hinnehmen werden.

Britisch-russische Verhandlungen in Kopenhagen.

Kopenhagen, 9. April.

Nachdem nun auch Krassin in Kopenhagen eingetroffen ist, ist die russische Handelsabordnung vollständig in Kopenhagen versammelt. Die britischen Delegierten sind ebenfalls eingetroffen. Der Leiter der britischen Abordnung erklärte, er glaube nicht daran, daß jetzt in Kopenhagen endgültige Ergebnisse erzielt werden könnten.

Forderungen der Neutralen an Rußland.

Kopenhagen, 9. April.

Nächste Woche wird in Genf eine internationale Konferenz der Neutralen zur Behandlung der ausstehenden Forderungen dieser Länder an Rußland stattfinden. Holland, die skandinavischen Länder und die Schweiz werden vertreten sein. Als Vertreter der holländischen Regierung reist der ehemalige Finanzminister Traub am Dienstag nach der Schweiz.

Generalversammlung der Betriebsräte Groß-Berlins.

Zu dem Bericht über die Generalversammlung der Betriebsräte Groß-Berlins in unserer heutigen Morgennummer haben wir noch einiges zur Ergänzung nachzutragen:

Wies als Vertreter der R. A. D. (Sozialklub), legte in ausführlicher Weise den Standpunkt seiner Richtung dar. Seine Ausführungen deuten sich inhaltlich fast völlig mit dem Wortlaut der in unserer Morgennummer veröffentlichten Resolution der Zentrale der R. A. D.

Jung, als Sprecher der neugegründeten kommunistischen Arbeiterpartei, legte in ca. einstündiger Rede die Ziele seiner Parteirichtung dar und legte dann im Namen seiner Freunde seinen Antrag vor, sofort in Aktion einzutreten gegen das Zusammenarbeiten der Rationalisierungs- und Generalstreik der Rationalisierungs- und der Uebernahme der politischen Gewalt durch die revolutionären Kräfte.

In der Diskussion sagte Oester-Ghemmitz die Berliner Arbeitervertreter, die mit der Regierung in Verhandlungen gehandelt haben, an, sie hätten durch diese Verhandlungen die Arbeiterklasse hinter sich geführt. Auch die Arbeiterklasse der Betriebsräte sei ein Gebilde, was den tatsächlichen Machtverhältnissen des Berliner Proletariats nicht entspreche, und müßten aus diesem Grunde sofort Kewachien zu politischen Arbeitervertretern vorgenommen werden.

Nikolai Müller trat diesen Ausführungen entgegen. Es sei eine Demagogie zu sagen, diese Arbeiterklasse sei kein verantwortlicher Faktor, entweder sei oder von dieser Arbeiterklasse die Proklamierung des Generalstreiks zu verlangen. Im übrigen bediene sich die Ausführungen Müllers mit dem von Däumig in seinem Referat eingenommenen Standpunkt.

Nachdem die drei Referenten in ihrem Schlußwort nochmals den bereits von ihnen eingenommenen Standpunkt vertretend hatten, wurde über die beschriebenen Anträge abgestimmt. Der Antrag der R. A. D. wurde gegen 90 Stimmen abgelehnt, dagegen wurde die Resolution der U. S. P., die in unserer heutigen Morgennummer veröffentlicht ist, gegen wenige Stimmen angenommen.

Die R. A. D. hat als Vertreter der Kommunisten Kundgebungen gemacht, die sich im wesentlichen mit dem Inhalt der im Morgenblatt abgedruckten Resolution decken. Im Widerspruch zu der Resolution stand nur seine in der Rede gebrauchte Wendung, daß es jetzt zu spät für einen Generalstreik sei und daß nur noch übrig bliebe, die Arbeiterklasse im Ruhrgebiet durch Geldsammungen zu unterstützen.

Wir bemerken dazu, daß auch ein früheres Stadium der Bewegung im Ruhrgebiet für einen Generalstreik nicht geeigneter gewesen wäre, als das gegenwärtige. Im Gegenteil. Auch ein Generalstreik hätte den Vormarsch der Truppen nicht aufhalten können. Er hätte ihn aller Wahrscheinlichkeit sogar früher herbeigeführt, denn er hätte den Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien jede Möglichkeit genommen, durch einen Druck auf die Regierung in Verhandlungen den Einmarsch zu verzögern und den Einfluß der stillen Gewalt gegenüber den Rechtsjuristen des Militärs zu steigern.

Gewerkschaftliches.

Estrafe für Streikbeteiligung.

Die in der Lehrwerkst. des Reichsbetriebsamtes Berlin beschäftigten Schweißblechschlichter hatten sich an die Trennung gewandt mit dem Ersuchen, ihren Lohn von pro Tag 22 M. darauf zu erhöhen, daß sie den ungelerten Arbeitern, die einen Wochenlohn von 160 M. erhalten, gleichgestellt werden. Es ist darauf folgende Antwort zugegangen:

Berlin W. 35, den 24. März 1920
Reichsbahner Straße 119 b.

Reichsbahndirektion Abt. III.

Direktion der Reichsbetriebsämter.

Abt. 10: D. B. A. 81/429 823.

R. B. 3892.

An das Reichsbetriebsamt, Berlin

In der Anlage wird Abschrift eines vom dortigen Herrn B. Bahn hierher gerichteten Gesuches vom 12. 3. 20 — hier eingegangen 22. 3. 20 — um Aufhebung der Befehle in der Lehrwerkst. zur Kenntnis überhand. Wegen der durch die lange Dauer des Streiks verursachten Steigerung der Löhnen der Lehrwerkst. kann diesem Gesuche leider nicht nachgetreten werden. Es wird ersucht, den Herrn B. Bahn entsprechend zu bescheiden.

Direktion der Reichsbetriebsämter
des Reichsbahner, Osnabrück.

1. Anlage.

Es ist nicht ein starkes Stück, daß die Reichsregierung die letzten Kriegsschäden, die ihrer Aufforderung zur Teilnahme am Generalstreik nachgekommen sind, nunmehr bestrift, indem sie ihnen wegen ihrer Teilnahme am Streik die notwendige Lohnverhöhung verweigert.

Groß-Berlin.

Die Technische Nothilfe in Schöneberg.

Im „Berliner Lokal-Anzeiger“ wird über das Werk der Technischen Nothilfe im Gaswerk Schöneberg eine Lobhudelei angeklungen, die einer näheren Betrachtung wert ist. Durch das „verkehrliche“ Eingreifen der Technischen Nothilfe sollen Werte von ungefähren Millionen gerettet, und das Werk mit Hilfe der Akademiker, Studenten der Technischen Hochschule, Oberlehrer, Professoren, Ingenieure, Kaufleute, Beamten und sonstigen Vertretern des Bürgertums in Betrieb gehalten worden sein.

Aus den Kreisen der Nothilfe des Gaswerks Schöneberg wird uns hierzu mitgeteilt:

Bei der Arbeitsaufnahme fand die Arbeiterklasse das Werk in einem Zustande vor, der jeder Beschreibung spottet. Nicht Menschen, sondern Dämonen mußten im Werke ihr Unwesen treiben haben. Es hätte nur noch wenige Tage des Werdens der Technischen Nothilfe bedurft, um das ganze Werk für genaue Zeit betriebsunfähig zu machen. Schädliche Unterleistungen der Ofen waren vollständig verstopft, und das Feuer im beschriebenen Werkzeuge, wie Heben, Schlingen, Vorlegeisen usw. waren ausnahmslos verbrannt und verlogen. Brandgefährliches Handwerkszeug war nicht mehr zu gebrauchen. Ebenso mußte wie im Ofenhaus, so es im Maschinenraum aus. Die Speisräume der Arbeiter und die Kantinen hatten sich dem Schmutz. Im Umkleiraum fehlten verschiedene Gegenstände. Die Spinde der Arbeiter waren zerstört. Zahlreiche Vellebungsstücke fehlten. Auch der Kaminewirt hat durch den mehrwöchigen Eigenumsatzbegriff der Technischen Nothilfe Schaden erlitten. Damit nicht genug. Im Werk selbst fehlten mehrere lederna Treibriemen und zahlreiches Werkzeug von beträchtlichem Werte.

Dies aus dem Gaswerk Schöneberg.

In familiären von der Technischen Nothilfe beigeführten Werken hat man das gleiche feststellen können. So geht uns aus dem Charlottenburger Gaswerk folgende Schilderung zu: Das Gaswerk hat einen wüsten Anblick. Wände, Röhre und Röhre waren ekelhaft beschmutzt. Drei lederna Treibriemen (darunter ein Riemen von 10 Meter Länge und 10 Zentimeter Breite) waren verschwunden, zahlreiche Messingteile sind von der Technischen Nothilfe angetrieben, d. h. gestohlen worden. Im Umkleiraum der Arbeiter hat man zahlreiche Spinde aufgeschloßen und aus diesen Spinden Kleidungsstücke (Schuhe, Ärmel usw.) entwendet. Die unsachgemäße Behandlung der Ofen hat zu beträchtlichem Schaden geführt, so daß Reparaturarbeiten in großem Umfange notwendig waren.

Aus weiten Kreisen der Arbeiterklasse gehen die gleichen Klagen über die Technische Nothilfe ein. Das Sündenregister dürfte noch um manche Zeile verlängert werden.

Aus der Technischen Nothilfe ist eine „Nothilfe geworden. Erwähnenswert erscheint noch die Tatsache, daß die Vertreter des Bürgertums während ihrer Arbeiterfähigkeit einen Stundenlohn von 8 M. neben freier Wohnung erhalten. Der Arbeiterklasse gibt man bei weitem niedrigeren Löhnen, dafür sind es aber Arbeiter.

Erhöhung der Kurkosten in Krankenhäusern.

Der Magistrat hat beschlossen, die Kur- und Verpflegungskosten in den städtischen Krankenanstalten für Kopf und Tag folgendermaßen festzusetzen:

1. Für einheimische Kranke der Groß-Berliner Gemeinden a) Erwachsene 12 M.; b) Kinder 8 M.
2. Für Personen (Erwachsene und Kinder) die keiner Groß-Berliner Gemeinde angehören 9 M.

Die Erhöhung hat sich als unabweisbar erwiesen durch die enorme Preissteigerung aller Lebensmittel und Arzneimittel. Die letzteren sind innerhalb eines halben Jahres Steigerungen eingeleitet, die in vielen Fällen mehrere hundert Prozent, in einzelnen Fällen über 200 Prozent ausmachten. Hierdurch stellen sich die Krankenkassen der Stadtgemeinde auf 94 M. für den Krankenverpflegungstag, so daß auch bei den neuen vom Magistrat beschlossenen Kurkosten für einheimische Erwachsene noch 100 Prozent des Tarifsatzes ungedeckt bleiben und von der Gesamtheit der Steuerzahler getragen werden, während im Durchschnitt der drei Jahre 1918-1917 die ungedeckten Selbstkosten nur 70 Prozent betragen. Der Magistrat hat trotzdem geglaubt, über die in Aussicht genommenen Sätze nicht hinauszugehen zu sollen. Unter diesen Umständen zu bleiben, bedeutet aber die finanzielle Lage.

Erstinstanz des städtischen Magistrats in Berlin. Der Berliner Magistrat hat die bereits seit Jahren bei der städtischen Grundsteuererhebung bestehende Einrichtung der Kleingartenverpachtung an Landbesitzern unter Aufsicht von Generalpächtern entsprechend den Ausführungsbestimmungen der Kleingarten- und Kleingartenverpachtung zu einem Kleingartenamt übergeben. Zu den Aufgaben dieses Amtes gehört u. a. auch die Veranlassung von Geldern für den noch vorhandenen Vorrat an Kleingärten in Berlin. Um das gegenwärtige Kleingartenamt festzustellen, werden alle diejenigen Kleingartenbesitzer, die noch nicht im Besitz einer Kleingartenverpachtung sind und eine solche zum Frühjahr angestrichen wünschen, ersucht, sich umgehend in die im Kleingartenamt, Altes Rathaus, Zimmer 543, ausliegende Kleingartenkarte einzutragen zu lassen. Die bereits beim Magistrat erfolgten Vorkontrollen finden Berücksichtigung, so daß sich eine notwendige Bewertung ergibt.

